

Calmer Tagblatt

Nr. 142.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die feinstpaltige Zeile 60 Bgr. Reklamen 2.— Mf. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 6.

Dienstag, den 22. Juni 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mf. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mf. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Ein Kabinett des Wiederaufbaus.

* Die schwierige Frage der deutschen Regierungsbildung ist nun gelungen. Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung, den Rechtsanwalt Fehrenbach, zum Reichskanzler ernannt. Abg. Fehrenbach hat diese Berufung angenommen. Es wird im großen Ganzen auch schon die Zusammenfassung des neuen Kabinetts genannt, das allgemein als ein „Kabinett des Wiederaufbaus“ bezeichnet wird. Von allem Anfang an wäre das Gegebene für die neue Regierung gewesen, daß die alte Koalition unter Erweiterung nach links und rechts, d. h. unter Hinzunahme von Mehrheitssozialisten und Deutscher Volkspartei, aufrecht erhalten worden wäre. Auf dieser Grundlage hätte Gebeiliches geschaffen werden können; die Opposition von links und rechts hätte nur anspornend und fruchtbringend gewirkt. Leider scheiterte diese Kombination an dem Egoismus der Parteien, die nicht selbstlos und national genug fühlten und dachten, um das Wohl des Vaterlandes über alles andere zu stellen. Nach all den mißlungenen Versuchen ist nun ein Gebilde zustande gekommen, das man ein Kabinett der Mitte nennen kann. Von einem „Mittelpunkt“ zu sprechen, ist nicht wohl angängig, denn dafür ist die Mehrheit aus Zentrum, Demokratie und Deutscher Volkspartei zu schwach. Ohne die „wohlwollende Neutralität“ der Mehrheitssozialdemokratie kann das Kabinett Fehrenbach nicht regieren, und wenn die Sozialdemokraten, die bis jetzt noch nicht zu einem endgültigen Entschluß gelangt sind, der neuen Regierung ihr Wohlwollen versagen, dann wird die Lebensdauer dieses Kabinetts nur kurz sein. Es ist eine schwere Verantwortung, die unsere Mehrheitssozialisten auf sich genommen haben dadurch, daß sie sich (auch in Würtemberg) aus der Regierung zurückgezogen haben. Ist es nur hinterlistige Parteitaktik, die ihren Vorteil aus einer Niederlage der neuen Regierung zu ziehen hofft, dann kann man dieses Verhalten nicht scharf genug verurteilen. Hoffen wir jedoch, daß die Sozialdemokratie sich noch eines Besseren besinnt und wenn auch nicht durch die Tat, so doch durch ihre Haltung mitwirkt an dem so notwendigen Wiederaufbau unseres Vaterlandes, das lange genug unter dem Druck der Feinde gelitten hat. Hoffen wir, daß die neue Regierung wirklich eine solche des Wiederaufbaus sein wird.

Die Zusammenfassung des neuen Kabinetts.

(W.B.) Berlin, 21. Juni. Wie die „Germania“ von durchaus zuverlässiger Seite erfährt, kann die Kabinettsbildung als vollkommen gesichert angesehen werden. Das neue Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Reichskanzler: Fehrenbach (Zentrum); Ministerium des Innern: Dr. Koch (Demokrat); Finanzministerium: Dr. Wirth (Z.); Reichspostministerium: Giesberts (Z.); Reichsernährungsministerium: Dr. Hermes (Z.); Reichswehrministerium: Dr. Geßler (D.); Reichsjustizministerium: Dr. Heinke (D.B.P.). Für das neue Reichsschatzministerium ist Herr v. Kardorff (D.B.P.) vorgesehen. Die Besetzung des Reichsverkehrsministeriums ist noch nicht endgültig entschieden, ebenso die Besetzung des Wirtschaftsministeriums und des Arbeitsministeriums. Für das letztere kommt ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften in Frage. Das Wiederaufbauministerium wird aller Voraussicht nach mit einem anderen Ministerium verbunden werden. Das Auswärtige Amt, dessen Besetzung von allen Parteien durch einen, Fachmann als dringend erwünscht bezeichnet worden ist, wird durch Geh. Rat Simons besetzt, der sich durch seine Teilnahme an den Versailler Verhandlungen einen Namen gemacht hat.

Die abwartende Haltung der Mehrheitssozialisten.

(W.B.) Berlin, 21. Juni. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Ernennung der Kabinettsmitglieder, unter denen sich kein Sozialdemokrat befindet, dürfte im Laufe des heutigen Nachmittags erfolgen. Die neue Regierung wird erklären, daß sie auf dem Boden der Verfassung von Weimar steht, die zu Recht bestehe, und den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung als ihre Aufgabe bezeichnen. Sie wird an die Parteien die Bitte richten, sie angesichts der Not des Landes unter Zurückstellung parteipolitischer Zwistigkeiten in ihren Arbeiten zu unterstützen. — Das Blatt fügt hinzu, daß die Sozialdemokratie sich ihre endgültige Entscheidung in Sachen der sogenannten wohlwollenden Neutralität vorbehalten, bis die Fraktion das letzte Wort gesprochen habe. Die Entscheidung der Fraktion aber sei abhängig von dem Programm, das die bürgerlichen Regierungsparteien ihr präsentieren würden. Ein Vertrauensvotum auf Blantfortcredit müsse abgelehnt werden.

Das Bekenntnis der deutschen Volkspartei zur Weimarer Verfassung.

(W.B.) Berlin, 21. Juni. Wie aus dem Reichstag mitgeteilt wird, haben die sämtlichen im Reichstag anwesenden Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei einer Erklärung zugestimmt, die besagt, daß angeichts der Zusammenfassung aller Kräfte für den Wiederaufbau verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten müßten und infolgedessen der Wiederaufbau auf dem Boden der durch Gesetz festgelegten Verfassung sich vollziehen solle.

Aus der Reichskanzlei.

(W.B.) Berlin, 21. Juni. Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Albert, hat infolge des Kabinettswechsels dem Reichskanzler Fehrenbach sein Amt zur Verfügung gestellt. Der Reichskanzler hat jedoch den Staatssekretär gebeten, sein verantwortungsvolles Amt fortzuführen.

Berliner Blätterstimmen.

* Berlin, 22. Juni. In den Besprechungen des Reichskanzlers und der Parteiführer, die beim Reichspräsidenten für heute in Aussicht genommen sind, soll die endgültige Zusammenfassung des Kabinetts erfolgen. In der gestrigen Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei fand laut „Vossischer Zeitung“ die Taktik der Demokraten herben Tadel, weil sie die Deutsche Volkspartei unnütz in eine schiefte Situation zu bringen geeignet gewesen sei. Die Hervorhebung der Verfassungsfrage sei umso überflüssiger gewesen, als es sich doch nur um eine rein theoretische Erörterung handele, der praktisch gar keine Bedeutung zukomme, weil kein Mensch mit der Möglichkeit einer Minderheitsregierung in absehbarer Zeit rechne. — Besonders günstig wird von den Morgenblättern die Berufung des Geh. Rats Simons zum Reichsminister des Auswärtigen aufgenommen. Ein Blatt sagt: Als langjähriges Mitglied des Auswärtigen Amtes kann Dr. Simons den Anspruch darauf erheben, als Fachmann für sein neues Amt bezeichnet zu werden. Sein politisches Programm ist der Öffentlichkeit unbekannt, aber man darf ihm zutrauen, daß er bei seinem hohen Pflichtbewußtsein und seiner unbedingten Gewissenhaftigkeit ohne ein solches Programm kaum sein neues Amt angenommen haben würde. — Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Das neue Kabinett ist ein Sorgenkind, oft aber haben solche Sorgenkinder das härteste Leben und überleben alle Schwarzseher. Jedenfalls bedeutet das neue Kabinett den Willen zu wiederaufbauender Arbeit und auch der Opferbereitschaft. Aus dem Willen zur Arbeit, zur Ueberbrückung unversöhnlich scheinender Gegensätze um des Vaterlandes willen spricht Segen, der aus dem Kosmos ein besseres und neues Gebilde schaffen kann. — Das neue Kabinett wird sich, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, in das parlamentarische Leben einführen als ein Kabinett des Wiederaufbaus. Damit sei das Programm gegeben, das es sich selbst stelle. Es wolle kein Kabinett parteipolitischer Grundzüge und parteipolitischer Betätigung sein. Sein Ziel gehe darüber hinaus, auf Maßnahmen, die dem Gesamtstaat die Wiederherstellung geordneter Zustände, die Schaffung von Ruhe und Sicherheit und die Festigung des Staates nach außen ermöglichen sollen.

Die Besprechungen der Alliierten.

Die Konferenz von Boulogne.

(W.B.) Boulogne, 21. Juni. In der heute Mittag stattgefundenen Konferenz waren die Regierungen Großbritanniens, Italiens, Frankreichs, Belgiens und Japans vertreten. Das Programm der Konferenz sieht folgende Verhandlungspunkte vor: 1. finanzielle Frage: Entschädigungen Deutschlands; 2. militärische Fragen: Entwaffnung Deutschlands; 3. Orientfragen; 4. russische Frage. In der heutigen Mittagsitzung kamen die zwei ersten Punkte zur Verhandlung. In der Frage der Entschädigungen sind die Finanzsachverständigen beauftragt worden, die früheren Vorlagen zu prüfen und heute Abend der Konferenz einen allgemeinen Vorschlag vorzulegen. Die Marschälle Foch und Wilson werden unter Mithilfe der militärischen Sachverständigen ebenfalls bis heute Abend eine Vorlage betreffend die Antwort an Deutschland ausarbeiten sowohl über die Mannschaffsbestände als über das Kriegsmaterial.

(W.B.) Boulogne, 22. Juni. (Havas.) Offizieller Bericht: Die zweite Sitzung der Konferenz von Boulogne wurde am Montag Nachmittag abgehalten. Die türkische Frage wurde in Erwägung gezogen und beschlossen, das Datum des 26. Juni, das ursprünglich für die Annahme der Friedensbedingungen angelegt war, aufrecht zu erhalten. Die Konferenz billigte ferner die militärischen Maßnahmen, die von den Mar-

schällen Foch und Wilson getroffen wurden, um der Lage in der Gegend von Konstantinopel und der Meerengen entgegenzutreten. Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, die griechischen, polnischen, portugiesischen, rumänischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Delegierten nach Spa zu berufen zu einer Besprechung der sie direkt berührenden Fragen mit den Alliierten. Die Marschälle Foch und Wilson billigten den Text der alliierten Note an die deutsche Regierung bezüglich der Entwaffnung und der Vernichtung des Kriegsmaterials, sowie der bisher noch nicht vollständig durchgeführten Herabsetzung der Armee auf die im Versailler Vertrag vorgesehene Stärke.

(W.B.) Boulogne, 21. Juni. Der belgische Minister für den Wiederaufbau, Jaspars, hat über die Absichten der belgischen Regierung erklärt, sie sei für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland. Der Minister bestätigte, daß zwischen Frankreich und Belgien bezüglich der Abrüstung Deutschlands volle Uebereinstimmung herrsche.

Die Besprechungen in Folkestone.

(W.B.) Paris, 20. Juni. Havas erklärt, daß es sich bei der Besprechung in Folkestone hauptsächlich um finanzielle Fragen handeln werde, vornehmlich um die Entschädigungs- und Wiedergutmachungsfragen. Aber auch die russische Frage werde erörtert werden. Wenn eine Uebereinstimmung auf der Grundlage des vorliegenden Projekts, mit dem übrigens die französischen und die englischen Sachverständigen sehr zufrieden seien, in Folkestone und Boulogne erzielt würde, wäre das ein großer Fortschritt und würde eine Regelung der finanziellen und der wirtschaftlichen Fragen in einem für Frankreich, England und Belgien, sowie auch für Italien, das durch Annahme des Vorschlags Frankreich und England entgegenkommen würde, in günstigster Sinne bedeuten. Der wichtigste Punkt sei, daß das finanzielle Projekt ohne Rücksicht auf politische und namentlich innerpolitische Erwägungen angenommen werde. Die russische Frage sei weniger gut vorbereitet. Von französischer und von englischer Seite werde zugegeben, daß auf diesem Gebiet nicht weiterzukommen sei. Krassin, der nichts zu bieten habe, trachte, seinen Aufenthalt nur deshalb auszudehnen, um zu sehen, wie sich die Sache gestalte, während die Sowjetregierung ihre Operationen im Orient fortsetze, die für die englische Politik sehr kompromittierend seien. England werde jedenfalls durch seine Haltung den Abschluß eines Uebereinkommens mit Frankreich und den übrigen Verbündeten hinsichtlich der Auslandspolitik erleichtern. Die Tatsache, daß Marschall Foch auf Ansuchen Lloyd Georges an den Besprechungen teilnehme, deute an, daß England die militärische Frage aufrollen wolle.

Die Entwaffnung Deutschlands.

(W.B.) Paris, 20. Juni. Die Votschafertkonferenz hat die Entscheidung über die Frage der Entwaffnung Deutschlands getroffen. Die Entscheidung entspricht der der interalliierten militärischen Komitees und wird den Regierungschefs in Boulogne mitgeteilt werden. — Dieser amtlichen Mitteilung fügt der „Temps“ hinzu, daß das deutsche Heer bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann zurückgeführt werden müsse. Sollte dieses Heer nicht genügen, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten, müsse zur Schaffung regionaler Polizeitruppen geschritten werden.

Die Blockade als Zwangsmaßnahme gegen Deutschland.

(W.B.) Paris, 21. Juni. Wie „Journal“ mitteilt, ist man bei der Durchführung des Friedensvertrags von den Zwangsmaßnahmen der militärischen Besetzung abgesehen. Man habe beschlossen, wenn Deutschland die Klauseln des Friedensvertrags nicht erfülle, zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu greifen, was einer gemilderten Blockade gleichkäme.

Die türkische Frage.

(W.B.) Boulogne, 21. Juni. Infolge des Eintreffens der Truppen von Mustafa Kemal Pascha vor den Dardanellen wird die türkische Frage auf der Konferenz mit Dringlichkeit behandelt werden. Es ist deshalb notwendig, so rasch wie möglich zu Beschlüssen zu kommen. Einige Beschlüsse sind bereits am Sonntag in Hythe gefaßt worden. Die Ministerpräsidenten glauben, daß es auf Grund der getroffenen Maßnahmen möglich sein wird, der Lage Herr zu werden.

(W.B.) London, 21. Juni. Reuters erfährt: Der Beschluß, den Griechen freie Hand gegenüber den Nationalisten zu gewähren, wurde von den militärischen Ratgebern kritisiert. Franzosen und Engländer werden sich nur an der Verteidigung Konstantinopels und der Dardanellen beteiligen.

ernseife
einseife
Schmierseife
Eisenpulver
Leichsoda
empfeht
H. Schlatterer.
ma Mäntel
1 1/2 Mk. 120
ma Schläuche
1 1/2 Mk. 40
Bestellung auf sämtl.
übergewöhnlichen
Erfahrungen
Erfagteile
Fahrräder
empfeht
el Helmayer
Stammheim.
Achtung!
Ausführung werden
den Mitteln
Klebschere und
erschneidmesser
schliffen.
Wahlgenuth,
Hilburg.
Bodenöl,
Pflanzenöl
empfeht
Schlatterer.
eres Fräulein
Ihr 6 Wochen alt Kind
sthaus
res zu erfragen in der
Stelle d. B.
gefügtes, trockenes
Brennholz
zu Mk. 85.—
sfort geliefert
werden
rger, Sägewerk,
Sifan.
Nötenbach
auf einen
den Kasten
(Gerüstung)
Schwarz.
iel Frommer.
20 Str. gute
eife=
Kartoffeln
Mk. 6.— hat zu
en
? sagt die Geschäft
Blattes.
in leichten
nspänner-
nswagen
zu kaufen.
rich Holzäpfel,
erste, Liebenzell.
erhaltene
Kisten
r. Schlatterer.
Bremsenöl
frisch
ngetroffen
Ritter-
gerie Calw

Die auf der ersten Hyde-Konferenz getroffene Abmachung, die Abtragung der französischen Schuld mit den deutschen Entschädigungszahlen in Uebereinstimmung zu bringen, wurde für undurchführbar erachtet.

Vorspiele zum amerikanischen Wahlkampf.

Der republikanische Konvent in Chicago, der, wie kürzlich gemeldet, den Senator Harding zum Präsidentschaftskandidaten gewählt hat, ist, wie stets, dem demokratischen Konvent um einige Wochen voraus. Denn dieser wird erst Ende Juni in San Francisco zusammentreten, um den Kandidaten der jetzt herrschenden demokratischen Partei für die Präsidentschaft zu nominieren. Man hat diesmal nicht eben viel von den Vorgängen auf dem republikanischen Konvent gehört; denn Europa hat heute andere Sorgen, als daß es sich sonderlich um amerikanisches Parteigezänk kümmern könnte. Es kommt hinzu, daß die Technik einer Präsidentschaftswahl, wie sie drüben gehandhabt wird, überaus kompliziert ist, und man kann wohl sagen, daß das System, nach dem die Vereinigten Staaten ihren Präsidenten wählen, umständlicher, verschrobenere und rückschrittlicher ist als irgend ein Wahlrecht der Welt. Das amerikanische Wahlsystem ist eben ein Produkt aus mehr als hundertjähriger Tradition und aus der überaus großen Verschiedenheit in den Verhältnissen der fast vier Dutzend Einzelstaaten, die die Union bilden.

Es wäre ein völlig aussichtsloses Beginnen, in einem Zeitungsartikeln oder auch in mehreren Artikeln den chronologischen Werdegang seiner Präsidentschaftskandidatur auch nur einigermaßen genau darzustellen. Eine solche Aufgabe würde Bände erfordern; zudem würde der Nichtamerikaner, der Land und Leute nicht kennt, nach dem Studium eines solchen Werkes so klug sein wie zuvor. Die ungeheure Kompliziertheit des Wahlsystems bringt es mit sich, daß allein vom Beginn der Vorwahlen bis zum Zusammentritt des Nationalkonvents, auf dem der eigentliche Präsidentschaftskandidat der Partei „nominiert“ wird, (ob er gewählt wird, das entscheidet sich erst fünf Monate später) zwei bis drei Monate vergehen. Diese Vorwahlen dienen lediglich der Auslese der zum Nationalkonvent zu entsendenden Delegation. Sie beginnen mit der Wahl von Kandidaten in den sog. Lokalkonventen, die nach „Counties“ (Kreisen) und „Congressional Districts“ (Kongress-Wahlbezirken) eingeteilt sind. Oft genug haben aber innerhalb der einzelnen Kreise die verschiedenen Orte noch ihren besonderen Lokalkonvent. Die diesbezüglichen Verhältnisse sind von Staat zu Staat verschieden, und welche Vorkommnisse der Gewohnheit und Gepflogenheiten dabei herauskommt, begreift man bei der großen Zahl der Bundesstaaten wohl ohne weiteres. Auf nähere Einzelheiten bei diesen Vor- und Primärwahlen einzugehen, verbietet sich daher von selbst. Bissen muß man nur, daß die aus den Lokalkonventen hervor- tretenden Delegaten, die also den Urwahlen der stimmberechtigten Bürger ihr Mandat verdanken, ihrerseits erst wieder Delegaten zu den Staatskonventen wählen. Diese einigen sich, zum meist erst nach erbittertem Ringen, über die Delegaten, die sie zum Nationalkonvent, der höchsten Instanz, die über die Kandidatenaufstellung für die Präsidentschaft zu entscheiden hat, entsenden.

Was bei der Wahl der Delegaten alles an mehr oder weniger versteckten Schiebungen hinter den Kulissen, was an unsauberen Manövern im Schoße der Parteiorganisationen vorgeht, das ist dem Europäer einfach unbegreiflich. Es gibt überhaupt keinen verwickelteren Mechanismus als eine amerikanische „Partei- maschine“, wie man die das ganze riesige Land bis zu den entlegensten Farmen umspannende Organisationen der beiden großen Parteien der Republikaner und der Demokraten nennt. Daß bei solchen Wahlen von den „Bosses“, den Parteiführern, Stellen- und Nennerschacher im größten Stil betrieben wird, ist selbstverständlich; darüber regt sich in Amerika kein Mensch weiter auf, und die gegenwärtigen demokratischen Beamten wissen ganz genau, daß sie ihr Bündel schnüren müssen, wenn etwa ein republikanischer Präsident ins „Weiße Haus“ einzieht. Was schlimmer ist, das ist die Bestechung in den verschiedensten Formen, die jeder übt, der einen Gegner auf seine Seite bringen will. Man darf eben nicht vergessen: für den Amerikaner ist die Politik ein Geschäft. Gewiß gibt es von dieser Regel jenseits des Großen Teiches Ausnahmen; es sind aber eben Ausnahmen, und der Durchschnittsamerikaner huldigt auf allen Gebieten in erster Linie dem Gotte Dollar.

Diese Gottheit der Amerikaner muß auch helfen, wenn es sich um die Beeinflussung widerpenstiger Delegaten handelt. Besonders mit den Negerdelegaten aus den Südstaaten werden oft geradezu ungläubliche Manöver angestellt. Diese Colored Gentlemen (farbigen Herren) sind zum großen Teil Epizububen schon von Geburt und Erziehung; sie sind denn auch völlig skrupellos in der Wahl ihrer Mittel, um aus ihrer Stimme so viel Geld wie möglich herauszuschlagen. Sollen sie für einen bestimmten Kandidaten stimmen, so stellen sie in unerschämter Weise ihre Forderungen an dessen Vertrauensmann. Oft reisen sich zwei Gruppen um die Stimmen der Negerdelegaten, und während die einen sie Rächte hindurch durch alle Vergnügungsorte von Chicago schleifen, um sie müde zu machen, halten die anderen sie bei wässrigen Gelagen, bei denen der Sekt in Strömen fließt, fest, um die Gegner garnicht erst an sie herankommen zu lassen. Die größte Ungerechtigkeit des Vorwahlsystems liegt nämlich darin, daß die Zahlen der von den einzelnen Staaten zum Nationalkonvent entsandten Delegaten unabhängig ist von der Zahl der Parteianhänger im Staat. In den Südstaaten z. B. ist die ganze weiße Bevölkerung demokratisch; republikanisch wählen lediglich die Neger, die ja den Republikanern der Nordstaaten ihre Befreiung aus der Sklaverei zu verdanken haben. Einer der heftigsten Wahlkämpfe, der je auf dem republikanischen Konvent stattgefunden hat, spielte sich vor acht Jahren ab, als Taft und Roosevelt innerhalb ihrer Partei mit wütender Heftigkeit um die No-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist in Malmshelm, Oberamt Leonberg ausgebrochen.

Calw, den 19. Juni 1920.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

mination rangen. Dieser Spaltung im eigenen Lager war im Jahre 1912 auch der demokratische Sieg zu verdanken; sonst wäre Wilson vielleicht niemals in den Mittelpunkt der weltgeschichtlichen Ereignisse getreten.

Die Republikaner halten ihren Konvent nicht nur mit Rücksicht auf die mittlere Lage der Stadt in Chicago ab, sondern auch deshalb, weil ihnen dort einer der größten Säle der Union zur Verfügung steht. Man darf sich nämlich einen solchen Konvent nicht etwa wie eine langweilige Tagung am grünen Tisch vorstellen. Er ist eher ein Schützenfest im Saale. Der ganze Riesenraum ist mit nationalen Bannern und sonstigen Parteiabzeichen auf das Bunteste dekoriert; lärmende Musikkapellen schmettern ihre Weisen in die Versammlung, und mit Musik an der Spitze halten die Anhänger der einzelnen Kandidaten Unzüge durch den Saal und das ganze Etablissement ab.

Erst wenn auch die Demokraten ihren Kandidaten nominiert haben, beginnt der eigentliche Wahlkampf, während die Konvents nicht mehr als Vorspiele sind. In den großen Städten sprechen dann die beiden Kandidaten, die zu Agitationszwecken durch das ganze Land reisen, in den größten Sälen, die oft 10 000 bis 15 000 Zuhörer fassen; auf den kleineren Stationen besonders in den mittleren und westlichen Staaten, wird oft nur ein Zug überschlagen, und die Parteianhänger haben am Bahnhof gewöhnlich bereits eine Rednertribüne errichtet, zu der sie, wenn der Zug mit dem Kandidaten erwartet wird, mit Musikkapellen und Bannern ziehen. So kommt schließlich der Wahltag heran, der stets am Dienstag nach dem ersten Montag im November ist. Aber auch dann wird der Präsident selbst noch nicht gewählt; die Wahl ist vielmehr indirekt, und die Bürger der Vereinigten Staaten, die Urwähler, wählen in jedem Staat eine Anzahl von Wahlmännern, die der Gesamtzahl der Senatoren und Repräsentanten gleichkommt, die den Staat im Kongress vertreten. Die Wahlmänner werden aber von vornherein auf den Namen eines bestimmten Kandidaten gewählt, sodas mit der Wahl der Wahlmänner im November tatsächlich bereits entschieden ist, wer in den nächsten vier Jahren Präsident der Vereinigten Staaten sein wird. Dessen eigentliche Wahl erfolgt erst im Januar; sie wird aber als Formsache kaum mehr beachtet. Der ganze geradezu gigantische Wahltrubel knüpft sich an den Tag der Urwahlen im November, und die amerikanischen Großstädte gleichen an diesem Tage sozusagen einem Tollhaus. M. L.

(W.B.) Washington, 19. Juni. (Reuter.) Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding hat die Wilsonsche Herausforderung, den Friedensvertrag der Abstimmung des amerikanischen Volkes zu unterwerfen, angenommen. Er sagte, es sei sicher, daß die Haltung der Republikaner in der Frage der auswärtigen Beziehungen Amerikas von der übergroßen Mehrheit des Volkes unterstützt werden werde. — Hoover hat bekanntgegeben, daß er bei den Wahlen die Republikaner unterstützen werde. Er bezeichnet das republikanische Programm als aufbauend und fortschrittlich.

Ausland.

Der Friede mit Desterreich von Frankreich ratifiziert.

(W.B.) Paris, 21. Juni. Der Friedensvertrag mit Desterreich ist durch den Präsidenten ratifiziert worden.

Friede zwischen Rußland und Georgien.

(W.B.) Amsterdam, 19. Juni. Reuter erfährt, daß zwischen der Republik Georgien und den Bolschewiken am 12. Juni der Friede mit Wirkung vom 3. Mai abgeschlossen wurde.

Ein französisches Konsulat in Mainz.

(W.B.) Paris, 19. Juni. In der gestrigen Kammerberatung teilte der Kammerpräsident mit, daß für den Ankauf eines Konsulatgebäudes in Mainz dem Minister des Aeußern ein Kredit von 510 000 Franken eröffnet werden soll.

Eine Schweizer Abordnung nach Sowjetrußland.

(W.B.) Bern, 21. Juni. Die Schweizer sozialistische Partei hat beschlossen, eine Delegation nach Sowjetrußland zu entsenden.

Sowjetfinanzen!

ABC. Die Pariser russische Zeitung „Otschischeja Delo“ vom 11. Juni bringt auf Grund eines offiziellen bolschewistischen Berichtes die Mitteilung, daß die nationalisierte Industrie in Sowjetrußland im Jahre 1920 ein Defizit von 23 756 700 000 Rubel aufweisen wird. Diese Summe setzt sich folgendermaßen zusammen: Für Unterhalt der Warenlager und Organisation der Industrie 5 650 300 000 Rubel; Ausgleich der Differenz zwischen den Ausgaben und den durch Warenverkauf erzielten Einnahmen 14 395 200 000 Rubel; Aufrechterhaltung der Ordnung unter

den Arbeitern, d. h. Löhnung für Militär in aufrechterhaltenen Betrieben 1 210 000 000 Rubel.

Ein Engländer gegen die Haß-Propaganda.

(W.B.) Amsterdam, 21. Juni. Der Hauptschriftleiter der „Daily News“, Gardner, hebt in seinem neuesten Auffage über die Ergebnisse seiner Studienreise durch Deutschland hervor, daß trotz allen Glendes der Geist des deutschen Volkes ungetroffen und der Wille, durch Arbeit und Sparsamkeit allmählich wieder hoch zu kommen, allgemein sei. Gardner fährt fort: Die Erinnerung an den Krieg ist ausgelöscht. Alle Erbitterung, die vorhanden ist, richtet sich gegen die Franzosen. Englische Vertreter und Beamte in Deutschland waren es, die mir gegenüber die Tatsache verurteilten, daß Deutschland noch immer als ein Ausgeföhener behandelt wird. Ein englischer Militär tabelte die Unterordnung der englischen Politik unter die kurzfristigen Bestrebungen des französischen Chauvinismus. Ein hervorragender englischer Beamter in Deutschland sagte: Ist der Krieg zu Ende oder geht er weiter? Diese Propaganda des Hasses entspricht nicht unseren Ueberlieferungen. Am Schluß des Artikels spricht Gardner die Erwartung aus, daß in der englischen Politik und in der englischen Regierung eine Wendung zum Besseren einsehen müsse, wenn man sich statt von einer böswilligen Presse von englischen Offizieren und Beamten beraten lassen wolle, die in Deutschland tätig sind.

England und Irland.

(W.B.) London, 19. Juni. Die Regierung hat sich geweigert, die Munitions- und Truppentransporte nach Irland einstellen zu lassen. Sie ist aber bereit, alles zu vermeiden, was provozierend wirken könnte. Sie ist ferner bereit, mit den Sinn-Geimern in Verhandlungen zu treten.

(W.B.) London, 20. Juni. (Havas.) Der offizielle Bericht über die Besprechungen Lloyd Georges mit den Delegierten der englischen und der irischen Eisenbahner wegen des Transportes von Kriegsmaterial nach Irland besagt, daß Lloyd George antwortete, die britische Regierung werde in die Existenz einer unabhängigen Republik Irland einwilligen, sofern sie nicht durch eine absolute Notwendigkeit dazu gezwungen werde. Er machte darauf aufmerksam, daß in den Vereinigten Staaten Präsident Lincoln eher einen fünfjährigen Krieg führte und über eine Million Tote verursachte, als daß er die Unabhängigkeit der Südstaaten anerkannte. Die Regierung werde gegebenenfalls das nämliche tun. Es seien Waffen, Munition und Soldaten nötig, um das demokratische Element in Irland zu schützen. Die britische Regierung werde aber das hinstücken.

Der Boykott gegen Ungarn.

(W.B.) Budapest, 20. Juni. Der Standpunkt der ungarischen Regierung zum Boykott gegen Ungarn ist, wie das Ung. Korr.-Bür. erfährt, der, daß Ungarn gegen alle Staaten, welche die Blockade tatsächlich durchführen, dieselben Repressalien ergreifen wird, die von den betreffenden Staaten gegen Ungarn durchgeföhrt werden sollten.

(W.B.) Wien, 21. Juni. Die „Korrespondenz Herzog“ meldet, daß seit Mitternacht der Boykott auf den Bahnen (mit Ausnahme des Personenverkehrs) und des Post-, Telegraphen- und Telefonverkehrs in Kraft ist. Wie verlautet, wurden die Telefonleitungen an der Grenze unbrauchbar gemacht. Eine einzige Zeitung dient noch dem interurbanen Telefonverkehr, der Regierung und den diplomatischen Vertretungen und Missionen. An Telegrammen gehen nur Staatsdepeschen resp. diplomatische Korrespondenzen und Transitdepeschen. Der ungarische Gesandte in Wien, Dr. Graf, bespricht in Budapest die Boykottfrage.

(W.B.) Wien, 19. Juni. Der Boykott gegen Ungarn hat nach Blättermeldungen heute nacht begonnen. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt: Der Boykott stellt den ersten Versuch dar zu gewerkschaftlichen Kampfsmitteln in Dienste einer internationalen politischen Aktion. Das „Neue Wiener Tagbl.“ sagt: Die Boykottierung eines Staates auf Geheiß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch niemals dagewesene Erscheinung, die unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Das ist eine Zerstörung der Grundlagen, auf denen das innerstaatliche und internationale Verkehrsleben aufgebaut ist.

(W.B.) Linz, 19. Juni. Dem „Volksblatt“ zufolge beschloffen die Vertrauensmänner der nichtsozialistischen Postbeamtenvereine, entsprechend der Salzburger Gruppe der christlichen Postbeamten, mit allen erlaubten Mitteln den Boykott gegen Ungarn zu verhindern.

(W.B.) Budapest, 19. Juni. (Ung. Korr.-Bureau.) Der Landesverband der christlich-sozialen Eisenbahner hat beschloffen, im Falle der Durchföhren des Amsterdamer Boykottbeschlusses die Lebensmittelsendungen nach Desterreich und den übrigen Nachbarstaaten aufzuhalten.

Zusammentritt der italienischen Kammer.

(W.B.) Rom, 19. Juni. Stefani meldet: Die italienische Kammer wird auf Donnerstag den 24. Juni einberufen.

Die Kabinettsbildung in Polen.

(W.B.) Warschau, 19. Juni. Der Ministerpräsident richtete an das Staatsoberhaupt ein Schreiben, in dem er die Bildung des neuen Kabinetts ablehnt. Die Bildung des Kabinetts wurde dem Präsidenten der nationalen Arbeiterpartei Jan Dreyosi übertragen.

Regierungswechsel in Portugal.

(W.B.) Lissabon, 19. Juni. Das Kabinett ist zurückgetreten.

Riesige Chromlager in Serbien.

(W.B.) Belgrad, 19. Juni. Im Lazarett von Prizren wurde bei der Untersuchung von Chromerzen, die dankbare Einwohner den fremden Ärzten als Geschenke dargebracht hatten, festgestellt, daß es sich hier um höchst wertvolle Funde handle, zumal die entdeckten Chromlager in Serbien so groß sind, daß sie für die Versorgung der ganzen Welt reichen.

Sie Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmung
dem Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
das Kontor des Calwer Tagblattes.

auführerischen Bes...

Propaganda.

Leitung hat sich ge...
Der offizielle Be...
Der offizielle Be...
Der offizielle Be...

Deutschland.

Das ungenießbare Brot.

(W.B.) Essen, 20. Juni. Der Betriebsausschuß der Zeche Sacler-Neued übermittelte der Öffentlichkeit eine Entschuldigun...

Von der deutschen Minenfuher-Flottille.

(W.B.) Kopenhagen, 19. Juni. Wie die „National Tidende“ aus Göteborg meldet, hat die deutsche Minenfuher-Flottille im Kattegat jetzt ihre Arbeiten beendet...

Ein Schülerstreik.

(W.B.) Herne i. Westf., 19. Juni. Von 8000 Kindern der hiesigen Volkshule befinden sich seit dem 1. Juni 7500 im Streik...

Reichslichtspielgesetz.

Das seit 29. Mai im ganzen Deutschen Reich geltende Lichtspielgesetz bringt verschärfte Bestimmungen. Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Besuch der allgemeinen Vorstellungen verboten...

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. Juni 1920.

Die Regierungsbildung in Württemberg.

Der Landesvorstand der Soz. dem. Partei Württembergs hat am Sonntag mit 57 gegen 25 Stimmen den Beschluß gefaßt, daß die Sozialdemokratie aus der Regierung in Württemberg ausscheidet...

Schwäbische Volksbühne.

Der Strom.

Drama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Mag Halbes Drama „Der Strom“ gehört nach Stimmung, Art der Darstellung und geistigem Gehalt ganz der naturalistischen Sturm- und Drangperiode der achtziger Jahre an...

über die Neubildung der Regierung verhandelt. Es verlautet darüber: Es soll zunächst versucht werden, eine Minderheitsregierung der Mittelparteien, bestehend aus Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei aufzustellen...

Aus der Zentrumspartei.

Die neue Zentrumsfraction des Landtags wählte den Abg. Walter zum ersten, Justizminister Volk zum zweiten und Ernährungsminister Graf zum dritten Vorsitzenden...

Ergebnisse in Württemberg zurückgetreten.

Der Führer der U.S.P., Crispian-Verlin, der sowohl in Württemberg wie in der Reichshauptstadt gewählt wurde, hat sich für die Annahme seines Berliner Mandats entschieden...

Lehrernachwuchs.

Auf Grund der kürzlich abgehaltenen zweiten Volksschuldienstprüfung sind 105 Lehrer und 13 Lehrerinnen zur Veretzung ständiger Lehrstellen an evangelischen Volksschulen und Erziehungshäusern für befähigt erklärt worden...

Einkommensteuerermäßigung für Charitative Organisationen.

§ 13 des neuen Reichseinkommensteuergesetzes lautet: „Vom Gesamtbetrag der Einkünfte sind, soweit in diesem Gesetze nicht anders vorgeschrieben, in Abzug zu bringen, Beiträge an kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen, soweit ihr Gesamtbetrag 10 Proz. des Einkommens des Steuerpflichtigen nicht übersteigt.“

Fürsorge für tuberkulöse Kinder.

Die Landesversicherungsanstalt Württemberg will in nächster Zeit verfahrensweise in der Lungenheilstätte Wilhelmshaus tuberkulöse Kinder unterbringen. Es sind 18 Betten für Kinder über 6 Jahren vorgesehen.

Die Kindererpeifung durch die Quäker.

Dankbar anzuerkennen ist es, daß der amerikanische Quäkerführer Yarnell, der zurzeit in Frankfurt seinen Sitz hat, auch in Stuttgart die Ernährung von 2000 unterernährten Kindern übernommen hat.

Abermalige Erhöhung des Gütertarifs.

Das deutsche Wirtschafts- und Geschäftsleben steht vor einer neuen, außerordentlich schweren Belastung, nämlich vor einer Erhöhung des Gütertarifs, die wahrscheinlich bis zu 50 Prozent geht und spätestens am 1. Oktober Geltung erlangen soll.

Außerkurssetzung des Silbergelbs.

Da nach einer Verordnung des Reichsfinanzministeriums alles Silber außer Kurs gesetzt worden ist, wurden die Behörden angewiesen, allenfalls noch einlaufende Silbermünzen bei einer Reichsbankstelle oder Postanstalt zu dem jeweils geltenden Satz gegen Papiergeld umzutauschen.

Einkaufsgenossenschaft der Beamten, Staats- und Gemeinbediensteter.

Gegenwärtig ist die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft der Beamten, Staats- und Gemeinbediensteter im Gange. Die Genossenschaft (G. m. b. H.) soll die Beschaffung von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im Großen und im Kleinen gegen Barzahlung vermitteln.

Bemühungen um symbolistische Kunst und um das historische oder zeitlose Stildrama haben keinen Erfolg gezeitigt. Max Halbe ist der Dichter der „Jugend“ und des „Stromes“ geblieben und ist es heute noch.

In diesen Stücken ist er aber wirklich ein Dichter. Er zeichnet uns die Menschen seiner preußischen Heimat in ihrer ganzen bodenständigen, ursprünglichen, wurzelechten Eigenart, und er stellt sie hinein in eine Landschaft und in eine Umwelt, die er mit ihrem ganzen reichen Stimmungszauber wie kaum ein zweiter wiederzugeben vermag.

führt dadurch, daß er sein Leben für die Allgemeinheit opfert und die andern vor dem Untergang durch den reisenden Strom rettet, sein Verbrechen, Heinrich und Renate bleiben übrig und sehen nach all dem jahrelangen Unglück und nach all dem Schmutz einer lichtereren, reineren Zukunft entgegen.

Die gestrige vorzügliche Aufführung durch die Schwäbische Volksbühne besaß den ganzen Stimmungszauber und Erdrersch der Dichtung. Ernst Stockinger als Spielleiter verstand es, mit geringsten Mitteln den dichterischen Gehalt des Dramas auszuschöpfen.

Die Teuerungsdemonstrationen.

Wie bekannt, haben die Vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart für Dienstag nachmittag, dem Tag der Landtags-eröffnung, zu Teuerungsdemonstrationen im ganzen Lande aufgerufen. Nun läßt auch die U.S.P. Stuttgart die Kasse aus dem Saal und ruft zur Demonstration gegen die kapitalistische Profitwirtschaft und gegen die Diktatur der Ausbeuter, aber für die Diktatur des Proletariats und für den Sozialismus auf. — Auch hier in Calw soll heute nachmittag eine Teuerungsdemonstration stattfinden. — Bemerkenswert ist übrigens eine Erklärung der sog. dem. Partei in der „Schwäb. Tagwacht“, dahingehend, daß die Partei an der auf 22. Juni festgesetzten Straßendemonstration keinen Teil nehme, da „es den Veranstaltern der Demonstration nicht in erster Linie um eine wirkliche Kundgebung gegen die unerhörte Teuerung, sondern um eine Agitationsangelegenheit für die U.S.P. zu tun ist.“

Aufhebung des Versammlungsverbots.

Durch einen Beschluß des Staatsministeriums ist das Verbot betr. öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und ähnliche Kundgebungen mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Gleichzeitig hat das Staatsministerium im Einverständnis mit dem Präsidenten des Landtags auf Grund des von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetzes über die Befriedigung der Gebäude des Reichstags und der Landtage vom 8. Mai 1920 den befriedigten Bannkreis des Württ. Landtags festgestellt, innerhalb dessen Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden dürfen.

Etwas vom Zucker.

In Bayern dürfen die Kommunalverbände in den Monaten Juli, August und September an die Bevölkerung auf den Kopf 625, im Oktober nur 500 Gramm Zucker verteilen. Eine Monatsration muß wegen Mangels an Inlandszucker gekürzt werden. In den Kreisen der deutschen Zuckerindustrie rechnet man damit, daß der Rohzuckerpreis für das kommende Betriebsjahr mindestens 250 M. für den Zentner beträgt, also 100 M. mehr, als bisher vorgesehen war. Nach Berichten aus Hamburg beträgt die Zufuhr in allen cubanischen Häfen in der mit dem 28. Mai beendigten Woche nur 76 000 Tonnen gegen 98 465 Tonnen in derselben Woche des Vorjahres.

Kirschenpreis und Schnapsbrennerei.

Der Schwäb. Gauverband gegen den Alkoholismus hat folgendes Schreiben an das Ernährungsministerium gerichtet: „Angesichts der in der Presse und Öffentlichkeit viel erörterten Kirschenpreisfrage erlaubt sich der Schwäb. Gauverband gegen den Alkoholismus das Württ. Ernährungsministerium darauf hinzuweisen, daß der Grund der Preistreiberi, die in den weitesten Kreisen unseres Volkes mit Erbitterung wahrgenommen wird, wohl in erster Linie darin zu suchen ist, daß die Alkoholindustrie durch unerhörte Angebote die Kirschenente für die Herstellung von Kirschwasser usw. an sich zu reißen sucht und damit verhindert, daß angesichts unserer an und für sich schwierigen Ernährungslage unserem Volk ein gesundes Nahrungsmittel entzogen wird. Wir richten an das Ernährungsministerium das dringende

Ersuchen, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die diesem Mißstande abhelfen, der in den weitesten Kreisen der Bevölkerung als Wucher gilt. Noch wichtiger als eine Grenzabsperrung Württembergs erscheint uns die sofortige Erneuerung des Verbots der Herstellung alkoholhaltiger Getränke aus Obst und ähnlichen Erzeugnissen, die der Bevölkerung möglichst reitlos als Nahrung dienen sollen.“

Krisis in der Möbelindustrie.

Auch in der Stuttgarter Möbelindustrie werden zurzeit Einschränkungen der Arbeitszeit und Entlassungen vorgenommen. Die Zurückhaltung und Kaufunlust wie die Besserung der Valuta sind die Ursachen des Niedergangs der Produktion. Die Stuttgarter Möbelindustrie war zu einem großen Teil auf die Ausfuhr angewiesen und diese stößt. Mit einer Besserung kann erst gerechnet werden, wenn die Materialpreise zurückgehen.

Vollständiger Stillstand am württ. Gerbrindenmarkt.

Die Lage auf dem württ. Gerbrindenmarkt paßt sich durchaus dem Bild auf dem Rohholzmarkt an. Vollige Kaufunlust in allen Teilen des Landes. Eine große städt. Forstverwaltung hat auf verschiedene Ausschreiben eines größeren Postens Gerbrinde nicht ein einziges Angebot erhalten, einer Forstverwaltung im Jagdkreis wurden 8 Mark für den Zentner Eichenrinde in die geboten. Vor wenigen Wochen zahlte der Württ. Gerberverein noch 60 Mark für den Zentner Eichenrinde an die Staatsforstverwaltung.

(Schw.) Wildberg. 21. Juni. Als der Schreiner Klenz abends vom Heuen nach Hause kam, hatten Einbrecher sein Haus ausgeplündert. Sie entwendeten 7—8000 M. Bargeld, für 6000 M. Kriegsanleihen und verschiedene Schmuckgegenstände wie Uhren, Ketten und Ringe. Von den Tätern hat man keine Spur. Tags zuvor war der Hauschlüssel gestohlen worden. Auch in zwei anderen Häusern des Ortes wurde in den letzten Tagen ein gebrochen. — Der bei den Daimlerwerken beschäftigte Wilhelm Carl von hier, der auf Urlaub hier weilte, ging mit dem Briefträger die Koochsteige herab. Ueber dem Eingang des Tunnels hörten beide etwas den Berg herabrollen. Ehe sie recht im Klaren waren, lag Carl schon erschlagen am Boden. Die Untersuchung ergab, daß der 27 Pfund schwere Stein von der Böschungsmauer der neuen Straße nach Esfringen herausgelöst worden ist und über die Seilerbahn den Berg hinabrollte.

(Schw.) Nagold. 19. Juni. Der Lieder- und Sängerkreis veranstaltete kürzlich in der Turnhalle ein Konzert, das dem Verein einen vollen Erfolg brachte. Der Chor unter der trefflichen Leitung des Hauptlehrers Grieb brachte eine Anzahl Lieder zu schönem Vortrag. Konzertsänger Konzelmann-Stuttgart sang Lieder von Schumann und Lohse. Solist und Chor errangen sich stürmischen Beifall.

(Schw.) Stuttgart. 19. Juni. Der Arbeiterausschuß der Maschineninspektion hat folgende Protestkundgebung bekannt gegeben: „Die Arbeiter der Maschineninspektion Stuttgart

protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Wucherpreise für Kirschen und Beeren. Sie fordern die Generaldirektion der Eisenbahnen auf, solange die Beförderung von Kirschen und Beeren einzustellen, bis ein angemessener Preis, für Kirschen 1 M. und Preislinge 2 M., eintritt. Wir Arbeiter sind der Ansicht, daß das gesamte Verkehrspersonal einmütig zusammenstehen muß, um diesem Wucher wirksam zu steuern.“

(Schw.) Stuttgart. 19. Juni. Wegen Geschäftsrückgang hat die Firma Hermann Tiek etwa 50 weiblichen Angestellten gekündigt. Den Kündigungen ging eine Besprechung im Betriebsrat voraus, der die Gründe für diese Maßnahme anerkennen mußte.

(Schw.) Stuttgart. 19. Juni. Die Durchführung der Olympischen Kampfspiele des Westkreises V erfolgt am 2., 3. und 4. Juli auf dem Cannstatter Wafen, Platz des Vereins für Bewegungsspiele. Es werden 8 Einzel- und 13 Mannschaftswettbewerbe ausgetragen. Durch das Zusammentreffen der besten Reichswehr-Sportleute aus Württemberg, Baden und Hessen wird die geplante Veranstaltung über den Rahmen der bisherigen Militärvettkämpfe hinausgehen.

(Schw.) Heilbronn. 19. Juni. Das darstellende Personal des Heilbronner Stadttheaters hat als selbständigen Beitrag zu den von der Stadtgemeinde in vorläufiger Weise übernommenen Kosten für Aufrechterhaltung des Theaterbetriebs im Spieljahr 1920/21 der Stadtspitze 35 780 Mark übergeben. Es wurden 1406 Beträge von 49 Theatermitgliedern innerhalb 5 Wochen gesammelt.

(Schw.) Heilbronn. 19. Juni. Aus Kreisen der deutschen Zuckerindustrie erfährt die „Neckarzeitg.“, daß der Rohzuckerpreis für das kommende Betriebsjahr auf mindestens 250 Mark für den Zentner festgesetzt werden wird. Das bedeutet gegenüber dem vorgesehenen Preis eine Steigerung von 100 Mark für den Zentner.

(Schw.) Von der badischen Grenze. 19. Juni. Bei den Erdarbeiten des Bahnbaues Bretten—Rüdnach wurde auf der Teilstrecke Knittlingen—Bretten auf württ. Gebiet ein Teil eines Gräberfeldes aufgedeckt. In einer Tiefe von 60 bis 120 Zentimetern wurden auf freiem Feld 12 Gräber aufgedeckt. Die Skelette sind noch sehr gut erhalten, doch sind die Knochen brüchig und zerfallen bei der Berührung. In einem Grab fand man neben dem Skelett eines erwachsenen Menschen etwas tiefer das eines Kindes. Eisenteile, deren Bedeutung nicht mehr mit Sicherheit festzustellen war, fanden sich ebenfalls vor. Von der Stuttgarter Landesstelle für Altertumsforschung wurde Herr Knöllner aus Mühlacker beauftragt, die weiteren Grabungen vorzunehmen. Nach der Beschaffenheit der Knochen zu urteilen, dürfte es sich um Gräber aus der Zeit der Belagerung von Bretten und Knittlingen handeln, da zu dieser Zeit nach in Knittlingen vorhandenen Urkunden auf dem Gewand Bergfeld ein Treffen stattgefunden hat. Andererseits liegt jedoch die Vermutung nahe, daß die Gräber erst aus der napoleonischen Zeit stammen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. B. F. D. K. d. r. Calw. Druck und Verlag der A. H. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Der bestellte Koks
wolle baldmöglichst gegen Barzahlung abgeholt werden, damit über den weiter anfallenden Koks frei verfügt werden kann. Auf Wunsch erfolgt Zufuhr durch den städtischen Fuhrunternehmer. Der Kokspreis erhöht sich dadurch um 1 Mk. für den Zentner.
Den 21. Juni 1920. Städt. Gaswerk: Schlaich.

Fahrnis-Verkauf.
Aus dem Nachlaß der Caroline Engel, Bäckers Witwe, verkaufe ich am Freitag, den 25. Juni, vormittags von 9 Uhr an nachmittags von 2 Uhr an, im Hause des Herrn Bäcker Methammer am Marktplatz gegen Bezahlung:
Frauenkleider, 2 vollständige Betten, Leinwand, Küchengeschirr, Schreinwerk, 2 polierte Kommoden, 2 Kleiderkästen, Tische, Nachttische, 1 Ledersofa, 1 Altvateressell, 6 polierte Stühle, Küchensesseln, Schirm- und Waschkünder, 1 Küchenschrank mit Aufsatz, 1 Küchenschüssel, Silber, 1 Regulator, 1 Ruckucksuhr, Wasch- und andere Körbe, 1 Reiseforb, Spiegel und Bilder, 1 Ofenschirm, 1 Gasherd, Nippsachen, sowie allgemeinen Hausrat.
Liebhhaber sind eingeladen.
Stadtinventierer Kolb.

Kleines Anwesen oder Einfamilienhaus
mit Garten und etwas Feld im Nagold- oder Enzthal oder dessen Umgebung eventl. in Landort, wenn auch nicht direkt an der Bahn, zu kaufen gesucht.
Schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter R. S. 100 erbeten.
Dachziegel
Liefert prompt
Karl Fleischmann, Möchl am Main.

Sohlen-Verkauf.
Wir haben am Donnerstag, den 24. Juni, früh von 7 Uhr an einen sehr großen Transport erstklassiger Sohlen worunter auch 1 1/2 jährige, in Wildberg im Gasthaus z. „Schwanen“ zum Verkauf. Salomon und Max Löwengart.
Sehe ein 7 jähriges Pferd Braunwallach (Bayernschlag) sowie ein Saug-Sohlen am Mittwoch, den 23. ds., nachmittags 3 Uhr, dem Verkauf aus.
Eugen Harsch, zum „Schiff“.

Wachtung!
Bei guter Ausführung werden jeden Mittwoch Spaltgeschirr und Futter Schneidmesser geschliffen.
H. Wohlgenuth, Altburg.
Dachtel.
Zwei starke Läufer-schweine hat zu verkaufen Friedrich Baitinger.

Entlaufen
ist mein schwarzer Spitzhund. Um nähere Auskunft bittet Ernst Weik, Althengstett
Fußbodenöl, Bodenwische empfiehlt Ch. Schlatterer.
300 Liter Most und einige Zentner Kartoffeln sind zu verkaufen Liederstr. 158.
Irka 20 Jhr. gute Speise-Kartoffeln per Jtr. Mk. 6.— hat zu verkaufen Wer? jagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Kurzgefäges, trockenes Brennholz
in Fuhrn zu Mk. 85.— kann sofort geliefert werden
L. Käcker, Sägewerk, Hirtau.
Gechingen.
Verkaufe ein zum ersten Mal zehn Wochen reichliches, sehr schönes Mutter-schwein. Gottlieb Bättinger.

Kernseife Feinseife Schmierseife Seifenpulver Bleichsoda
empfehlen Ch. Schlatterer.
Etwas Gutes für Haare und Haarboden ist echtes Brennessel-Haarwasser ferner feinstes Birken-Haarwasser R. Otto Vincon, Calw.
Ordnentliches Mädchen nach Frankfurt gesucht. Näheres bei Frau Bäckermeister Schnürle, Calw.

Neue Fahrpläne
das Stück zu 30 Pfennig, sind auf der Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
Mittelgroße Waschbütte zu kaufen gesucht. Ueber zur „Sonne“.
Reisstrahlenstärke, Wunderglanzstärke Borax empfiehlt Ch. Schlatterer.

Starke großblättrige Tabakpflanzen
empfiehlt Chr. Hägele, Gärtner.
Gebildetes 26 jähriges Fräulein sucht Stelle in gutem Hause, wo sie wirklich liebevolles Heim findet. Täglich in Haushalt, Kinder- und Krankenpflege.
Zuschriften an Mundle, Nagold, Burgstraße 338.

Tüchtiger Pferdeknecht,
sowie ein Maschinist (gelernter Schlosser) zur Bedienung unserer Stein Schlagmaschine (Benzinmotor) für sofort gesucht.
Ueber und Stäbler Baugeschäft in Calw.

Prima Bodenöl Bodenwische
in 3 Größen Stahlspäne
Wibroga, die beste Bodenwische, nur in Drogerien erhältlich.
Ritter-Drogerie Calw